

TOP 13:

Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus

Drucksache: 67/16

Mit dem Gesetzentwurf soll eine steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt eingeführt werden, um insbesondere private Investoren zum Bau preiswerten Wohnraumes anzuregen.

Es soll eine auf einen Abschreibungszeitraum von 3 Jahren befristete, degressiv ausgestaltete Sonderabschreibung für neue Gebäude eingeführt werden. Diese soll neben die reguläre lineare Abschreibung von neuen Wohngebäuden treten, so dass im Ergebnis maximal 35 Prozent der Herstellungskosten in den ersten 3 Jahren steuerlich berücksichtigt werden könnten. Voraussetzung hierfür soll u. a. sein, dass der Neubau in einem Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt erfolgt, das Gebäude mindestens 10 Jahre zu Wohnzwecken genutzt wird und die Herstellungskosten 3 000 Euro je Quadratmeter nicht übersteigen.

Hintergrund sind die vor allem in den Großstädten gestiegene Wohnungsnachfrage sowie steigende Mieten und Kaufpreise in den deutschen Ballungsgebieten und die damit verbundene Schwierigkeit, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Durch verstärkten Wohnungsneubau soll die Nachfrage gedeckt und zugleich gewährleistet werden, dass Wohnraum weiterhin auch für mittlere und untere Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Der federführende **Finanzausschuss**, der **Wirtschaftsausschuss** und der **Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung** empfehlen dem Bundesrat, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Einzelheiten sind der **Drucksache 67/1/16** zu entnehmen.

